

Es gilt das gesprochene Wort!!!

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

zu Beginn einer neuen Wahlperiode einen Haushalt einzubringen, welcher deutliche Spuren des größten Abschwungs der Wirtschaft seit Bestehen der Bundesrepublik beinhaltet, ist nicht gerade ein einfaches Unterfangen.

In den letzten 12 Monaten haben wir eine dramatische Entwicklung der Wirtschaftslage erleben müssen und - ehrlich gesagt - keiner wird in der Lage sein, einigermaßen glaubhaft vorauszusagen, welche Auswirkungen die Wirtschaftskrise noch mit sich bringen oder gar, wann sie zu Ende gehen wird.

Im Zuge der gesamtwirtschaftlichen Lage brechen bundesweit den Kommunen die Steuereinnahmen weg. Die verfassungsrechtlich garantierte kommunale Selbstverwaltung ist in hohem Maße gefährdet. Selbst steueraufkommenstarke Kommunen stehen vor einem bisher nicht vorstellbaren Einnahmeverlust bei der Gewerbesteuer; eine ihrer wichtigsten Ertragsquellen überhaupt.

Als Folge der Finanz- und Wirtschaftskrise ist es auch bei den kreisangehörigen Kommunen seit Mitte 2008 zu dramatischen Gewerbesteuerrückgängen gekommen. Die Auswirkungen hieraus machen sich nunmehr zeitversetzt bei den Kreisumlagegrundlagen des Haushaltsjahres 2010 bemerkbar. Sie setzen sich zumindest noch in 2011 fort, und zwar dort noch verstärkt durch weitere Steuerrückgänge, und führen zu enormen Einbrüchen bei den für den Kreis wichtigen Ertragspositionen „Kreisumlage“ und „Kreisschlüsselzuweisungen“, wohingegen die vom Kreis so gut wie nicht beeinflussbaren Aufwendungen stetig ansteigen.

Meine Damen und Herren,

am 02. Dezember habe ich den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern unserer kreisangehörigen Kommunen die Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2010 vorgestellt. In einer sachlichen Diskussion wurden die notwendigen Punkte erörtert und die im Entwurf vorgesehene Beibehaltung des Hebesatzes aus dem Vorjahr sowie die zur Herbeiführung des Haushaltsausgleichs notwendige Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in Höhe von 11,3 Mio. € ausdrücklich begrüßt.

Ich möchte nun auf die für Sie wichtigen Punkte des kommenden Haushaltes eingehen.

Der Haushaltsentwurf des Jahres 2010 weist im umlagefinanzierten Ergebnisplan bei Fortschreibung des für 2009 geltenden Hebesatzes zur Kreisumlage - das sind 42,37 % - einen Fehlbetrag von 11.335.950 € aus. Um dennoch einen ausgeglichenen Haushalt vorweisen zu können, wird eine Entnahme aus der Ausgleichsrücklage in gleicher Höhe festgesetzt.

Diese Maßnahme kommt ausschließlich unseren kreisangehörigen Kommunen zu Gute. Sie ist nichts anderes als der Verzicht auf die Erhebung einer kostendeckenden Kreisumlage, wie auch bereits im Haushaltsjahr 2009 geschehen. Dort waren es 3,1 Mio. €.

Lassen Sie mich nun die wichtigsten Daten wie folgt kurz darstellen.

Im Ergebnisplan erwarten wir Erträge in Höhe von **343.507.500 €**. Diesen stehen Aufwendungen in Höhe von **354.843.450 €** gegenüber. Die Differenz stellt den von mir eben erwähnten Fehlbetrag dar.

Meine Damen und Herren,

nach den Bestimmungen der Kreisordnung hat die Kreisumlage die Aufgabe, die Finanzierung der durch sonstige Erträge nicht gedeckten Aufwendungen sicherzustellen. Um eine kostendeckende Kreisumlage mit der Folge eines ausgeglichenen Ergebnishaushaltes zu erreichen, müsste der Hebesatz um 2,23 % auf 44,60 % angehoben werden. Also eine zusätzliche Belastung unserer Kommunen bei der Entrichtung der Kreisumlage um eben diese 11,3 Mio. €.

Die Beibehaltung des Hebesatzes von 42,37 % verhindert dies und bringt den Kommunen darüber hinaus noch eine weitere spürbare Entlastung. Durch die gesunkenen Umlagegrundlagen haben sie im Haushaltsjahr 2010 7 Mio. € weniger an Kreisumlage zu zahlen als in 2009.

Ich möchte nunmehr zu den wichtigen Aufwendungen des Haushaltes kommen.

Sorge bereitet mir - und das seit Jahren - der unaufhörliche Anstieg der sozialen Aufwendungen für unsere Bürgerinnen und Bürger.

Die Leistungen für

- Hilfe zur Pflege,
- Pflegewohngeld,
- Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung,
- Hilfe zum Lebensunterhalt und in besonderen Lebenslagen,

- Eingliederungshilfe für Behinderte,
- Hilfen zur Gesundheit und die Kosten der Unterkunft für Leistungen nach dem SGB II,

die vom Kreis als zuständigem Aufgabenträger aufzubringen sind, erfordern zwischenzeitlich einen Aufwand von 128 Mio. €. Es handelt sich um Aufwendungen, auf die Leistungsbe-rechtigte einen Rechtsanspruch haben, den ich in keiner Weise in Frage stellen möchte.

Aber es muss erlaubt sein zu hinterfragen ob es richtig ist, dass Bundes- und Landesgesetze zu Lasten Dritter erlassen werden, aber die notwendige Finanzausstattung ausbleibt. Es ist eine finanzielle Schieflage entstanden, aus der sich die kommunale Familie aus eigener Kraft kaum mehr befreien kann. Hier muss etwas geschehen. Die seit langem geforderte Gemein-definanzreform muss endlich angepackt werden.

Unserer Pflicht, alles zu unternehmen, um einen ausgeglichenen Haushaltsentwurf aufstel-len zu können, sind wir natürlich gefolgt. So bleiben die veranschlagten Zuwächse bei den reinen Personalkosten mit 0,74 % unter der in den Orientierungsdaten vorgesehenen Steige-rung von 1 %. Hier gilt das Gebot, durch organisatorische und personelle Maßnahmen das Personalbudget einzuhalten.

Gleichermaßen gilt dies für die sonstigen, durch Verwaltungshandeln beeinflussbaren säch-lichen Verwaltungsaufwendungen. Hier wurden die Ansätze mit Blick auf das Notwendige entsprechend gekürzt. Eine erfreuliche Nachricht ergibt sich aus dem Haushaltsentwurf des Landschaftsverbandes Rheinland. Hiernach soll der Hebesatz bei 15,85 % verbleiben. Danach würde die Landschaftsumlage um 2,5 Mio. € sinken und einen Betrag von 85.418.300 € aus-machen.

Dennoch möchte ich eins verdeutlichen. Die sozialen Aufwendungen und der Aufwand für die Landschaftsumlage machen einen Betrag von 214 Mio. € aus. Das heißt, die Kreisumlage von 215 Mio. € ist so gut wie aufgebraucht, nur für diese beiden Positionen.

Im Bereich des Jugendamtes ist eine Anhebung der Jugendamtsumlage um 1,3 % nicht zu vermeiden. Dies liegt darin begründet, dass insbesondere die Aufwendungen für die Tages-pflege und die sozialen Dienste starke Zuwächse verzeichnen.

Meine Damen und Herren,

der Finanzplan, in welchem die Einzahlungen und Auszahlungen aus laufender Verwal-tungstätigkeit und die Investitionstätigkeit dargestellt werden, sieht folgende Ansätze vor:

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	335.404.050 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	335.604.100 €
Einzahlungen aus der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit	20.188.150 €
Auszahlungen aus der Investitions- und der Finanzierungstätigkeit	23.832.350 €

Der Liquiditätsbedarf des Finanzplanes insbesondere für die Investitionstätigkeit ist ohne Inanspruchnahme eines Investitionskredites gedeckt. Der Kreis bleibt damit weiterhin frei von Verbindlichkeiten aus der Aufnahme von Kommunalkrediten, also schuldenfrei. Dies wird nur möglich durch eine äußerst restriktive, realitätsnahe Investitionsplanung unter der Voraussetzung von Förderungen Dritter einerseits und andererseits durch Veräußerung von RWE-Aktien im Umfang von 7.497.050 €.

Die im Finanzplan veranschlagten Investitionen unterlagen der Vorgabe: „Es muss **finanzierbar, umsetzbar**, das heißt **machbar** sein“. **Alle Maßnahmen wurden auf ihre zwingende Notwendigkeit hin überprüft.** Straßenbaumaßnahmen, bei denen die Straßenbaulastträgerschaft ungeklärt und notwendiges Baurecht nicht vorhanden ist sowie bindende Zuwendungsbescheide nicht vorliegen, sind im Entwurf nicht vorgesehen. Vielmehr gilt es, bereits laufende Maßnahmen - und hier nenne ich beispielhaft die K 25 n - nach Abschluss der notwendigen Grunderwerbsmaßnahmen zügig fortzuführen.

Bezüglich des vorgegebenen Zeitrahmens haben auch die Investitionsmaßnahmen nach dem sog. „Konjunkturpaket II“ oberste Priorität. Hier werden aufgrund ihres Beschlusses in der Milos-Sovak-Förderschule Sanierungs- und Erweiterungsmaßnahmen durchgeführt und am Adolf-Kolping-Berufskolleg ein Energie-Kompetenz-Zentrum errichtet. Gleichermaßen erfolgen Sanierungsmaßnahmen, einhergehend mit einer behindertenfreundlichen Ausgestaltung der Jugendbildungsstätte Finkenberg. Hinzuzufügen ist der Neubau eines Frauenhauses.

Meine Damen und Herren,

ich möchte die schon seit Jahren erfolgreich durchgeführte verantwortungsvolle Finanzpolitik fortführen. Hierzu brauche ich die Unterstützung derer, die letztlich über den Haushalt 2010 entscheiden. Und das sind Sie, meine Damen und Herren des Kreistages.

Rundum sprechen wir von hochverschuldeten - sogar von überschuldeten - Kommunen und Kreisen, deren erdrückende Zins- und Tilgungslast keinen kommunalpolitischen Einfluss mehr zulässt. Bestehende Kommunalkredite können vielerorts nur noch durch Inanspruch-

nahme von Liquiditätskrediten getilgt werden. Ein Szenario, welches wir unserem Kreis ersparen wollen.

Spielräume für neue Maßnahmen oder für das Vorziehen von Maßnahmen sind ohne Aufgabe der Ziele „Schuldenfreiheit“ und „Kontinuität des Kreisumlagesatzes“ nicht gegeben.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

der Haushalt 2010, sowie ich Ihnen diesen heute vorlege, ist eine gute Grundlage für die weitere Fortentwicklung der Verwaltung und der Nutzung politischer Gestaltungsräume.

Es ist meine feste Absicht, die Kreisverwaltung des Rhein-Erft-Kreises weiter zu einer modernen Dienstleistungsverwaltung umzugestalten. Dazu gehören eine ständige Anpassung der Verwaltungsstruktur ebenso wie auch die Dienstleistungsangebote transparenter und für die Bürgerinnen und Bürger leicht zugänglich zu machen. Die einheitliche Behördenrufnummer, der Behördenlotse, ein neues Besucherleitsystem wie auch verstärkte Angebote im Online-Verfahren werden die weiteren Schritte kennzeichnen. Der Weg zu einem virtuellen Kreis wird von mir weiter konsequent verfolgt.

Zur Fortentwicklung der Verwaltung gehört aber auch eine Personalentwicklungsplanung, so wie Sie das gefordert haben. Integraler Bestandteil werden ein Betriebliches Eingliederungsmanagement (BEM), eine Qualifizierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Führungspositionen bis hin zur Steigerung ihrer sozialen Kompetenz und auch eine kontinuierliche fachbezogene Qualifizierung sein.

Im Hinblick auf die Gefahr fehlender, gut ausgebildeter Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sich ihren Kinderwunsch erfüllen, sollten wir Vorsorge für eine zügige Rückkehr betreiben. Ich lasse daher im Gespräch mit allen anderen Behörden in der Kreisstadt die Einrichtung eines Betriebskindergartens für unter Dreijährige prüfen. Die Gespräche verlaufen gut. Ich gehe von einer kostendeckenden Einrichtung aus.

Meine Damen und Herren,

die Zusammenarbeit mit den kreisangehörigen Kommunen muss anders und besser werden. Es ist absolut unbefriedigend, wenn Briefe hin und her geschrieben werden und man sich andererseits gerne auf die kommunale Zuständigkeit zurück zieht.

Ich werde daher künftig die investiven und strukturellen Maßnahmen mit den Kommunen erörtern. Gleichzeitig erwarte ich aber auch, dass die geistigen Stadtmauern fallen. Der von mir gewollte Prozess ist herausfordernd und anstrengend für beide Seiten, aber lohnend.

Hierzu gibt es keine Alternativen! Wir alle wissen ganz genau: Wir werden alle älter, weniger und bunter. Dahinter verbirgt sich ein gesellschaftlicher Veränderungsprozess, der vieles Gewohnte nicht mehr bestehen lässt. Wer glaubt, Kommunales nur fortzuschreiben, verliert den Anschluss und versäumt Vieles.

Wenn wir die Finanznot der kommunalen Ebenen beklagen, dann ist das zwar richtig, das zu tun, aber auch nicht alles. Das Verweisen auf das Land und auf den Bund ist vielleicht politisch interessant, schafft aber keine Lösungen. Die Fakten sprechen uns konkret an.

Daher müssen wir über vieles nachdenken und unsere Strukturangebote auf die künftigen Herausforderungen ausrichten.

Als es vor Jahren darum ging, die Zentrale Rettungsleitstelle zu schaffen, erfuhren wir Widerstand aus den Gemeinden. Heute wissen wir, dass unser Handeln ökonomisch richtig und in der Wirkung unserer Rettungsqualität ohne Alternative ist.

So bleibe ich hart bei der Feststellung, dass wir uns nicht 11 Bauhöfe leisten können. Hier muss uns ein intelligenter Weg einfallen.

In allen 11 kommunalen Verwaltungen wird die Personalbewirtschaftung betrieben. Warum denken wir nicht darüber nach, ob das auch effektiver und damit kostengünstiger geht. Man muss nur den Mut aufbringen, zu denken und zu handeln.

Die Frage, ob jede Kommune die Abfallwirtschaft allein regeln soll, darf gestellt werden. Das Recht, die Systeme und die Entsorgungsweise sind gleich. Auf Ausschreibungs- und Preisdruck, wie wir ihn im Kreis erfolgreich praktizieren, wird verzichtet. Zehn mal gleiche Verwaltungsstrukturen belasten zusätzlich die Gebühren.

Die Wirtschaftsförderung wird bei immer weniger verfügbarem Gewerbeland zu überdenken sein. Bestandspflege ist das eine, der überregionale Marktauftritt ist das andere. Zusammen mit dem Kreis sollten uns intelligente Lösungen einfallen. Wichtig ist dabei, dass der Kult des politischen Kompetenzhabes abgestellt wird.

Der Kultur- und Sportbereich steht unter dem finanziellen Druck der Haushalte. Das Klagen über den Mangel an Möglichkeiten ist zu wenig. In der Vernetzung der Angebote liegt die Chance, auch für die Vereinigungen.

Ich will einfach nicht einsehen, warum es nicht möglich sein soll, die Bürgerinnen und Bürger von Pulheim für ein besonderes Angebot in Brühl und die von Erftstadt für ein herausragendes Angebot in Bergheim zu begeistern. Es muss gelingen, die Veranstaltungen zur Vollbesetzung zu bringen. Das sichert Qualität und Verlässlichkeit im Angebot, dies auf dem Hintergrund einer breiten interessierten Bürgerschicht.

Diese Beispiele und Fragen sollen erst einmal reichen. Ich bin mir bewusst, dass gerade diese Vorschläge nicht ohne Reaktionen bleiben werden. Genau das aber will ich auch erreichen. Leisetreten, Bewahren und Entschleunigen von Prozessen können nicht zielführend sein. Wir brauchen Ideen, Mut und Kompetenz zum Dialog. Wenn wir neue Türen aufmachen, werden weitere folgen und schließlich werden wir uns wundern, warum wir nicht schon früher Handlungsfähigkeiten unter Beweis gestellt haben.

Ich werde, wie ich dies bereits in den Jahren zuvor erfolgreich vorgelebt habe, den Prozess der regionalen Vernetzung weiter voran treiben. Die „Regionale 2010“ hat uns gezeigt, wie es geht. Im nächsten Jahr werden wir die „Rheinische Weltausstellung“ als Abschluss der Regionale feiern; so auch alle Projekte innerhalb des Kreises, die dann präsentiert werden. Dieser Prozess hat mich in meiner Funktion als Vorsitzender der Regionale 2010 sicher entscheidend geprägt.

Das Ziel ist die Metropolregion Rheinland. In der Zeit von 2011 bis 2013, in dem Zeitraum, in dem ich für den Rhein-Erft-Kreis den Vorsitz im Region Köln/Bonn e.V. übernehmen werde, strebe ich die Realisierung dieses strategisch wichtigen Zieles an.

Zu diesem Regionalisierungsprozess gehören die vielfältigen Clusterbildungen, in die ich eingebunden bin. Mit ChemCologne, BioRegio, Health Region und auch HyCologne haben wir auf wichtigen Unternehmensfeldern die Vorgaben gemacht.

Der Masterplan Regio Grün, einmalig in Deutschland, was die Planungstiefe anbetrifft, wird mit der vorgegebenen Vernetzung weiter voran getrieben. Dazu gehören Projekte wie die Interkommunale Raumanalyse, der Masterplan Rad Region Rheinland, der Interaktive Freizeitplaner, die Bildung der Kulturregion, die Vernetzung der Bildungslandschaft, die weitere Zusammenarbeit der drei Naturparke und auch das Zusammenwirken im Tourismus.

Nicht ohne Grund habe ich das Vorstandsmandat im NRW Tourismus e.V. angenommen. Nicht um den „Tourismuslandrat“ zu komplettieren, sondern um die Landesprogramme für unsere Region und damit auch auf unseren Raum an Rhein und Erft zur Umsetzung zu bringen.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir leben in einer spannenden Region, wir müssen diese aber auch immer weiter entdecken und die Identität mit unserem Lebens- und Heimatraum erhöhen.

Der Wirtschaftsplan an Rhein und Erft wird weiter zu entwickeln sein. Dazu gehört auch eine abgestimmte Wirtschaftsförderung. Ich trete daher dafür ein, hier bestehende Schranken zu beseitigen. Mit dem Mittelstands- und dem Logistikbeirat ist es bisher gelungen, auch hier den Dialog mit der Wirtschaft und dem Handwerk zu stärken.

Gemeinsam müssen wir den Bildungskreis voran treiben. Mit dem Ausbau unseres kreiseigenen Schulangebotes gehen wir den richtigen Weg. Allein die geplante Kfz-Werkstatt und das geplante Energie-Kompetenz-Zentrum prägen im kommenden Jahr unseren gemeinsamen Weg. Komplettiert durch den Potentialcheck und die Hochbegabtenförderung machen wir deutlich, wir wollen gemeinsam diesen Bildungskreis.

Es wird auch mein festes Ziel sein, die gesamte Bildungslandschaft im Rhein-Erft-Kreis zu vernetzen. Bestehende Widerstände im kommunalen Bereich sind zu überwinden.

Mit der Inbetriebnahme der Generationen Akademie Rheinland, ein Impulsprojekt der Regionale 2010, das am 17.12.2009 mit dem A-Stempel als anerkanntes Landesprojekt zertifiziert wird, komplettieren wir das Bildungsangebot mit einem NRW-Leuchtturmprojekt. Der Betrieb soll im Frühjahr aufgenommen werden.

Ich trete dafür ein, den Rhein-Erft-Kreis weiter zu einem Hochschulstandort auszubauen. Mit der Europäischen Fachhochschule in Brühl ist uns ein wichtiger Schritt gelungen. Die Fachhochschule des Mittelstandes, die FHM-TEC Rheinland, wird das Angebot im Bereich der technischen Berufe im kommenden Jahr bereichern.

Integraler Bestandteil des Fachhochschulangebotes sollen die Bachelor- und Masterangebote der Rhein-Erft-Akademie in Hürth und die der Bauindustrie NRW in Kerpen werden. Hinzu kommen die Angebote des Präha-Instituts in Kerpen.

Alle diese zuletzt genannten Einrichtungen vernetzen sich immer mehr miteinander und sind zusammen mit der Deutschen Sporthochschule Köln auch Gründungspartner der Generationen Akademie Rheinland.

Zur abschließenden Beschreibung des Fachhochschulstandortes Rhein-Erft gehört die Nennung der Fachhochschule des Bundes und die Bundesfinanzakademie in Brühl dazu.

Wir haben gemeinsam die Aufgabe, den „Energiekreis“ an Rhein und Erft weiter zu verfolgen. Mit dem Energie-Kompetenz-Zentrum am Berufskolleg in Horrem leisten wir als Kreis einen eigenen wichtigen Beitrag dazu. Die Vereinigung der Handwerkerschaft im Verein „Für moderne Energie e.V.“ ist ein leuchtendes Beispiel für sachbezogene Clusterbildung auch im Handwerk.

Ein prägendes Zeichen der innovativen Bemühungen ist das Forschungszentrum für moderne Kraftwerksgestaltung in Bergheim-Niederaußem. Hier werden die Grundlagen entwickelt, unsere Kraftwerke sauberer und effektiver zu gestalten. Diese neuen Kraftwerkstechniken sollen weltweit ihren Absatz finden und sind damit ein wichtiger Beitrag zur globalen Umweltsicherung.

Die logische Konsequenz ist daher auch, die Erweiterung des Standortes in Niederaußem durchzusetzen.

Darüber hinaus sollten wir gemeinsam auf allen politischen Wegen dafür eintreten, dass die Voraussetzungen geschaffen werden, die CCS-Technik (Carbon Capture and Storage) in Deutschland zur Umsetzung zu bringen und dies mit der ersten Verankerung im Rhein-Erft-Kreis. Die hier angestrebte CO₂-Reduktion hat mit allen Folgerungen weltweite Wirkung und festigt den Rhein-Erft-Kreis zusätzlich als Energiekreis, ein Kreis mit Energiekompetenz.

In enger Zusammenarbeit mit der RWE AG wird auch das Regionalprojekt „terra nova“ entstehen. Beispielhaft haben sich die Stadt Bergheim, die Stadt Bedburg und die Gemeinde Elsdorf und der Rhein-Erft-Kreis zusammen getan, um hier ein Stärkefeld für den Nordkreis zu entwickeln. Die Energiekompetenz wird eng verbunden mit dem Projekt „terra nova“ sein und ist gleichzeitig auch ein Beispiel dafür, was ich eben unter dem Abbau der geistigen Stadtmauern verstanden wissen will.

Meine Damen und Herren,

wir können immer wieder auf die Notwendigkeiten guter Wohnqualität, sicherer Arbeitsplätze und soziale Sicherheit verweisen. Wichtig aber ist auch, dass wir unser Lebensumfeld immer weiter gestalten, um so das Wohlfühlen zu erhöhen.

Die Präsentation des Naturparks Rheinland in diesem Jahr hat deutlich gemacht, welch großes Interesse bei den Menschen vor Ort besteht, mehr zu wissen und zu erfahren über den eigenen Heimatraum. Auch die Arbeit der Heimat- und Geschichtsvereine macht deutlich, welch großes Interesse an der Geschichte des Raumes an Rhein und Erft besteht. Viele Publikationen sind nur ein Ausdruck dieser Feststellung.

Auch hier setzt die Regionale 2010 an. Mit der Aufbereitung der ehemaligen Römerstraßen „Via Agrippina“ und „Via Belgica“ und auch mit dem Projekt „Mühlen und Hämmer links und rechts des Rheins“ werden ganz neue Themenfelder beschriftet und letztlich sichtbar gemacht.

Der Masterplan Regio Grün mit seinen sechs Grünachsen und dem Dritten Grüngürtel westlich von Köln, sprich der Erftauenlandschaft, werden weitere Räume zur Identifizierung geschaffen. Allein das große Gewässerauenprogramm des Erftverbandes verändert unseren Raum nachhaltig.

Wir wollen, und dafür trete ich ganz besonders ein, für unsere Menschen im Kreisgebiet hausnah Angebotsformen zum Tagestourismus schaffen. Im Klartext: Steh auf und geh los, geh auf Tour, geh auf Entdeckertour in deinem Heimat- und Lebensraum.

Wenn es uns in diesem Zusammenhang gelingt, den Raum an Rhein und Erft auch als Gastgeberlandschaft zu entwickeln - wozu aus meiner Sicht auch die zukunftsweisende Absicherung des Phantasialandes gehört - und wenn es auch gelingt, die erforderliche Qualität eng mit dem Wirtschaftsplatz zu verbinden, dann erreichen wir den Standard, der erforderlich ist, den Rhein-Erft-Kreis auch als interessanten Wohn-, Arbeits- und Erholungsraum zu empfinden.

Der Haushalt 2010 gibt uns in vielfältiger Form die Möglichkeiten, neue Entwicklungen einzuleiten. Ich brauche Sie als Mitglieder des Kreistages als Partner auf dieser Reise, eine Reise mit Zukunftsperspektive und mit hoher Akzeptanz bei den Menschen an Rhein und Erft.

Sie haben jetzt das Wort bei Ihren Beratungen. Die Verwaltung steht Ihnen zur Verfügung. Der Kreisdirektorin, dem Leiter der Kämmerei und seinem Team, aber auch den Dezernenten und den vielen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern danke ich für die Vorarbeiten zu diesem Haushalt. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister haben den Entwurf als fair empfunden. Er ist es auch. Deshalb bitte ich um eine Bestätigung dieses vorgelegten Kurses.

Vielen Dank!



Werner Stump
Landrat